

Ansprechpartner/in Peter Müller  
Telefon 02351/1539 22  
Telefax 02351/1539 85  
E-Mail peter.mueller@wald-und-holz.nrw.de

Datum 18.06.2018  
Aktenzeichen (bei Rückfragen bitte angeben!)  
**300-11-03.196**

---

## **Öffentliche Bekanntmachung**

**Standortbezogene / Allgemeine Vorprüfung mit dem Ergebnis, dass keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muss.**

Der nachstehend aufgeführte Antrag zur Umwandlung von Wald ist dem «Forstamt» zur Genehmigung vorgelegt worden:

### **Antrag auf Waldumwandlung**

<b>in der Gemeinde</b>	<b>Schalksmühle</b>
<b>Gemarkung</b>	<b>Hülscheid</b>
<b>zur Änderung der Nutzungsart in</b>	<b>Ackerland/Grünland</b>
<b>mit einer Größe von</b>	<b>18.700 m<sup>2</sup></b>

**Betroffen hiervon ist folgendes Grundstück/sind folgende Grundstücke**

<b>Flur/e</b>	<b>7</b>
<b>Flurstück/e</b>	<b>769</b>

### **Kompensationsfläche/n**

<b>in der Gemeinde</b>	<b>Lüdenscheid</b>
<b>Gemarkung</b>	<b>Lüdenscheid-Land</b>
<b>Flur</b>	<b>64</b>
<b>Flurstück</b>	<b>328, 330</b>
<b>mit einer Größe von</b>	<b>14.627</b>

Dieses Vorhaben fällt unter die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Anlage 1 unter Nr. 17.1 bzw. 17.2 als „Erstaufforstung“ bzw. „Rodung von Wald zum Zwecke der Umwandlung in eine andere Nutzungsart“ bezeichneten Vorhaben.

Gemäß § 7 des UVPG, ist in einer standortbezogenen bzw. allgemeinen Vorprüfung zu prüfen, ob die Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß §§ 6 bis 14 UVPG unterzogen werden müssen.

Nach Prüfung der Antragsunterlagen zu diesen Vorhaben einschließlich der geeigneten Angaben des Vorhabenträgers gemäß § 7 Abs. 4 des UVPG wurde entschieden, dass für das o. g. Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen aufgrund der Größe, Merkmale und Wirkfaktoren der Maßnahme nicht zu erwarten sind.

Die wesentlichen Gründe für das Bestehen / Nicht-Bestehen der UVP-Pflicht nach § 5 Abs. 2 UVPG, mit Bezug auf die jeweils einschlägigen Kriterien nach Anlage 3, sind der Gesamteinschätzung zur standort-bezogenen Vorprüfung zu entnehmen:

Diese Entscheidung wird gemäß § 5 Abs. 2 des UVPG hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Im Auftrag

gez.

Müller, FR